

Politische Diskurse, Intellektuelle und politischer Wandel Diskurswandel in China seit 1998 und seine Implikationen

Thomas Heberer und Nora Sausmikat

In the wake of political transitions in East and Southeast Asia, especially after the Asian crisis 1997 there have been hot debates on political reform concepts among intellectuals of the different countries. Just as in Eastern and Central Europe, the role of the intellectual debates and of the intellectuals as an important political group has been mainly neglected when analyzing the political transition process. The aim of this study is to investigate, by focussing on the case of China, what kind of discourses are identifiable and what discourse strategies are used for discussing political reform and democracy. We would like to concentrate on the political function of intellectuals and the interrelatedness between political ideas or concepts and the position of the individual intellectual or the group of intellectuals and the interests and arguments which are tied to this position.

Die Rolle von Ideen und Diskursen in der Gestaltung von Politik gilt häufig als marginal. Doch haben u.a. Dietrich Rueschemeyer und Theda Skocpol gezeigt, dass historischer Wandel eng mit der Entwicklung von Ideen, wissenschaftlichen, politischen und moralischen Vorstellungen verbunden ist.¹ Peter A. Hall, ein führender Vertreter der *Power of Economic Ideas* hat zu Recht konstatiert, dass die Vernachlässigung der Rolle von Ideen in der politischen Ökonomie bedeute

to miss an important component of the economic and political worlds. It is ideas, in the form of economic theories and the policies developed from them, that enable national leaders to chart a course through turbulent economic times, and ideas about what is efficient, expedient, and just that motivate the movement from one line of policy to another.²

Mit geringen Abwandlungen lässt sich diese Sichtweise auf die politische Sphäre übertragen. Denn staatliches Handeln muss sich auch im politischen Bereich auf ein bestimmtes Wissens- und Diskursreservoir stützen, um Kontinuität oder Wandel rational handhaben zu können. Dies gilt gleichermaßen für transformatorische

¹ Rueschemeyer, Dietrich/Skocpol, Theda, eds., *States, Social Knowledge, and the Origins of Modern Social Policies*, Princeton 1996, S. 4; von europäisch-historischer Warte aus: Wuthnow, Robert, *Communities of Discourse: Ideology and Social Structure in the Reformation, the Enlightenment, and European Socialism*, Cambridge/Mass., London 1989.

² Hall, Peter A., "Conclusion: The Politics of Keynesian Ideas", in: derselbe, ed., *The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism across Nations*, Princeton 1989, S. 361.

Wandlungsprozesse, in deren Verlauf Wissen sich politisiert und eine transformatorische Rolle übernimmt. Im Zuge von Entwicklungsprozessen oder – im Falle Chinas – des Umbaus zu einer offeneren Marktwirtschaft kann der Staat seinen Willen nicht einfach despotisch durchsetzen. Vielmehr muss er im Interesse der Stärkung seiner Staatskapazität mit der Wissensgemeinschaft, den Intellektuellen und Vordenkern, in einen Diskurs eintreten.

Allerdings reicht es nicht, Ideen nur zu benennen und zu beschreiben. Vielmehr müssen die Wechselwirkung von Ideenproduzenten, Ideenträgern und staatlichem Handeln, das Verhalten der beteiligten Akteure und die Auswirkungen von Ideendiskursen analysiert werden, als Analyse eines wichtigen Segments von Politikgestaltung. Dabei wirken Ideen nicht per se als Motoren von Wandel und Entwicklung. Sie tun dies vielmehr unter bestimmten historischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen und eingebettet in spezifische Interessen und Institutionen.

Anders als die sozialwissenschaftlichen Theorien der "Vorstellungen" oder der "Ideology" gehen wir nicht davon aus, dass Vorstellungen in Form politischer Konzepte oder wissenschaftlicher Theorien grundsätzlich sozialen oder politischen Wandel bewirken.³ Neben ökonomischem, institutionellem und Wertewandel können Vorstellungen und Ideen allerdings zu Wandlungsprozessen beitragen, indem sie Richtungen vorgeben bzw. die Diskussion über Rahmenbedingungen und Richtung stimulieren können. Dies geschieht nicht durch individuelle oder kollektiv-passive Vorstellungen, sondern erst durch den kommunikativen Diskurs.

Der folgende Beitrag befasst sich mit der Rolle von Diskursen für politische Wandlungsprozesse sowie mit der Rolle von Intellektuellen als Träger und Akteure solcher Diskurse. Ausgehend vom Diskurs- und Intellektuellenbegriff sowie von der sozialen und politischen Funktionalität von Intellektuellen wird am Beispiel verschiedener Diskursstrategien eine Klassifizierung der wichtigsten Diskursinhalte im gegenwärtigen China vorgenommen. Dieser konkrete Teil basiert auf qualitativen Interviews, die im Rahmen des von der DFG geförderten Projektes "Politische Reform- und Demokratisierungsdiskurse in Ost- und Südostasien im Lichte neuer Prozesse regionaler Gemeinschaftsbildung" in den Jahren 2000 und 2001 in China durchgeführt worden sind. Dabei stellt sich letztlich die Frage, wie und in welcher Weise Diskurse Einfluss auf politische Prozesse nehmen. Von daher untersuchen wir zugleich Momente eines *Spillover*-Effekts von Diskursinhalten in die praktische Politik hinein.⁴

³ Zur Theorie der Vorstellungen vgl. Cohen, Percy S., *Moderne soziologische Theorie. Erklärungsmodelle zwischenmenschlichen Verhaltens*, Wien, Köln, Graz 1972, S. 184ff.

⁴ Wenn wir im Folgenden den Zeitraum ab 1998 untersuchen, so hängt dies mit den Einwirkungen der "Asienkrise" auf die politischen Debatten in der Region Ost- und Südostasien zusammen. Im Rahmen des oben erwähnten Forschungsprojektes haben wir bereits an anderer Stelle verdeutlicht, dass die "Asienkrise" und die damit verbundene Diskussion über ihre politischen Ursachen und Folgen auch in China ab 1998 zu einer neuen Diskursqualität geführt haben, vgl. Derichs, Claudia/Heberer, Thomas, *Politische Reform- und Demokratisierungsdiskurse im Lichte neuer Prozesse regionaler Gemeinschaftsbildung*, Project Discussion Paper No. 1/2000 (orangene Reihe), Institut für Ostasienswissenschaften, Duisburg 2000.

1 Diskurse: Funktionen und Inhalte

Mit Diskurs meinen wir eine Form der kritischen intellektuellen Auseinandersetzung, bei der die Diskursteilnehmer auf Grundlage unterschiedlicher Argumente miteinander kommunizieren. Die Vertreter der einzelnen Argumente versuchen dabei die Richtigkeit und Wahrhaftigkeit ihrer Thesen zu belegen. Von daher handelt es sich nicht um individuelles Verhalten, sondern um einen Interaktionsprozess, in dem der Diskurs die daran Beteiligten in einen "Kommunikationszusammenhang" bringt.⁵

Es geht uns also um die Analyse von Interpretationen, Konzepten und kritischen Sichtweisen im Hinblick auf Problemlösungen und auf die gegenwärtige und zukünftige politische Gestaltung Chinas. Evers und Nowotny haben gesellschaftliche Diskurse als Verarbeitung von "Verunsicherungen" interpretiert und Diskurse als Institutionalisierung neuer "Sicherheiten".⁶ Lösungen werden also gesucht, Orientierungs- und Gestaltungswissen sind gefragt sowie direkte oder indirekte Politikberatung. Die mit sozialem Wandel verbundenen Krisenerscheinungen erfordern neue politische Konzepte ("Sicherheiten") und Verhaltensregeln. Dies gilt vor allem für Länder wie China, in denen vermeintlich eschatologische Zukunftsvisionen und damit verbundene Sicherheiten erodiert sind.

Nun erfolgen Diskurse nicht losgelöst von historischen Erfahrungen und Brüchen oder gar von sozialer Praxis. Einerseits "formt und prägt der situationale, institutionelle und soziale Kontext den Diskurs, andererseits wirkt der Diskurs auf die soziale und gesellschaftliche Wirklichkeit zurück". Der Diskurs ist also "sowohl sozial konstitutiv als auch sozial bestimmt".⁷ Eine solche Begriffsbestimmung impliziert, dass politischen Diskursen, die im Zentrum unserer Erörterung stehen, verschiedene Funktionen zukommen: Sie (der gesamte Diskurs oder Teile davon) können bestehende Herrschaftsverhältnisse legitimieren und/oder zementieren oder sie können dazu beitragen, diese Verhältnisse im Sinne eines Wandels zu beeinflussen bzw. zu stimulieren. Entsprechend lässt sich von *bewahrenden/rechtfertigenden*, *konstruktiven*, *transformatorischen* und *demontierenden* Diskursstrategien sprechen.⁸ Diskurse entwickeln also Potenziale, die in der einen oder anderen Richtung gesellschaftliche oder politische Wandlungswirkung entfalten oder zu verhindern suchen. Andererseits stellen sie eine Form der partizipativen Kommunikation dar,⁹ weil sie einer größeren Zahl von Personen außerhalb der Entscheidungselite erlauben, zumindest

⁵ Vgl. Eder, Klaus, "Dialog und Kooperation. Zur Zählung der Bewegungsgesellschaft", in: Klein, Ansgar/Légrand, Hans-Josef/Leif, Thomas, Hrsg., *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*, Opladen 1999, S. 28.

⁶ Evers, Adalbert/Nowotny, Helga, *Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1987, S. 20/21.

⁷ Wodak, Ruth et al., *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*, Frankfurt/M. 1998, S. 42f.; van Dijk, Teun A., "The Study of Discourse", in: derselbe, ed., *Discourse as Structure and Process*, London et al. 1997, S. 1ff.

⁸ Wodak et al., a.a.O., S. 43.

⁹ Zum Begriff der partizipativen Kommunikation vgl. Servaes, Jan/Jacobson, Thomas L./White, Shirley A., eds., *Participatory Communication for Social Change*, New Delhi, Thousand Oaks, London 1996.

an der diskursiven Gestaltung von Gesellschafts- und Politikentwürfen teilzunehmen.

Bei politischen Diskursen handelt es sich nicht nur um Macht-, sondern vor allem auch um Gestaltungsdiskurse, die auf institutionelle Änderungen abzielen. Sie treten in Krisen- oder Umbruchszeiten bzw. in Phasen politischen Wandels besonders deutlich zutage, weil in solchen Phasen intellektuelles und kritisches Vermögen gefragt ist, um Stabilität zu sichern, Anpassung oder Wandel zu erreichen. Andererseits bilden sich dann pluralisierende Meinungen heraus, werden traditionelle Werte und Strukturen hinterfragt und die Richtung gesellschaftlicher Gestaltung erörtert. Solche Prozesse sind mit dem Phänomen gesellschaftlichen Lernens verbunden. Auch die inhaltliche Verarbeitung des Wandlungsprozesses und die Lernprozesse laufen in Form von Diskursen ab. Foucault hat darauf hingewiesen, dass unter Bedingungen der Liberalisierung Widerstand gegen Macht nicht in direkter Auseinandersetzung mit dem staatlichen Machtapparat stattfindet, also auch nicht organisiert, sondern über Diskurse und herausforderndes Verhalten. Auch wenn er daraus andere Schlussfolgerungen zieht, etwa im Sinne fortschreitender internalisierter sozialer Kontrolle und Selbstkontrolle, so ist für unseren Zusammenhang der Umstand interessant, dass in Liberalisierungsphasen Diskurse, die zunächst unorganisiert vorgebracht werden, an die Stelle von Gewalt treten.¹⁰ Gleichwohl, so wird zu zeigen sein, geht diese Unorganisiertheit einher mit tendenzieller Organisation, sei es auch nur in Form von Netzwerken, Interaktionsprozessen oder epistemischen Gemeinschaften.

2 Die politische Funktion von Intellektuellen

Träger von Diskursen sind Intellektuelle. Und obgleich es verschiedene Akteure gibt, die in politischen Modernisierungs-, Transformations- oder Transitionsprozessen eine Rolle spielen können, so kommt vergleichenden Untersuchungen zufolge Intellektuellen hierbei eine spezifische Rolle zu.¹¹ Zum einen sind Diskurse abhängig von Ideengebern und wortgewandten Personen, d.h. Intellektuellen. Zum anderen erweisen sich Intellektuelle in Umbruchsprozessen als besonders ideologiekritisch, tragen sie alternative politische Konzepte vor. Diese müssen sich keineswegs schon gegen das jeweilige politische System richten. Vielmehr verstehen sie es, ihre Kritik in eine Symbolik und in Metapher zu verpacken, die nicht so ohne Weiteres als systemfeindlich zu klassifizieren sind.

Doch was meinen wir eigentlich mit dem Begriff des "Intellektuellen"? Ein 'Intellektueller', sagt Alatas, "is a person who is engaged in thinking about ideas and non-material problems using the faculty of reason".¹² Dabei muss es sich nicht notwendigerweise um "Akademiker" im Sinne akademisch Ausgebildeter handeln, vielmehr

¹⁰ Zu Foucaults Diskursbegriff vgl. u.a. seine Schriften *Überwachen und Strafen*, Frankfurt/M. 1976; *Archäologie des Wissens*, Frankfurt/M. 1973, S. 31ff.; *Diskurs und Wahrheit*, Berlin 1996.

¹¹ Dazu: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Lawrence, eds., *Transitions from Authoritarian Rule*, 5 vols., Baltimore, London 1986.

¹² Alatas, Syed Hussein, *Intellectuals in Developing Societies*, London 1977, S. 8.

ist jede "intellektuell-kritisch" argumentierende Person Teil der Intellektuellen-schaft.

Funktional gesehen sollen Intellektuelle Vordenker und Aufklärer, d.h. unabhängig von ihren eigenen Interessen, in ihrem Denken kultur-, gesellschafts- und herrschaftskritisch sein. Dies unterscheidet sie von den akademisch Ausgebildeten. Foucault differenziert zwischen den *universellen* Gelehrten, die große Weltentwürfe kreieren, und den *spezifischen*, die gesellschaftliche Teilbereiche repräsentieren und Veränderungen nur in diesen Segmenten präferieren,¹³ wobei die gegenwärtigen Diskursteilnehmer in China eher von der letzten Gruppe gebildet werden. Die für unsere Darstellung interessanteste Bestimmung stammt von Karl Mannheim:

In every society there are social groups whose special task it is to provide an interpretation of the world for that society. We call this the intelligentsia.¹⁴

Genau diese Aufgabe, nämlich eine Interpretation für die Gesellschaft, leisten (auch in der politischen Sphäre) die Intellektuellen, die einerseits am politischen Diskurs einer Gesellschaft teilnehmen, zugleich aber *systemische Formungsinteressen* ausbilden.

Edward W. Said hat das "Intellektuell-Sein" auf die Formel gebracht:

Intellektuelle sind nur dann wirkliche Intellektuelle, wenn sie, angefeuert von metaphysischer Leidenschaft und den uneigennütigen Prinzipien der Wahrheit und der Gerechtigkeit, Korruption anprangern, sich für die Schwachen einsetzen und unzulänglicher und repressiver Autorität die Gefolgschaft verweigern.¹⁵

Im Prinzip besitzt ein solcher Intellektuellenbegriff universale Bedeutung und könnte als supranationaler Klammerbegriff gefasst werden, auch wenn es Unterschiede zwischen Intellektuellen innerhalb eines Landes und zwischen denen in verschiedenen Ländern gibt. In Bezug auf China wurde häufig angemerkt, dass Intellektuelle traditionell wie in der Gegenwart idealiter die Interessen der Gesamtgesellschaft und keine Partikularinteressen vertreten sollten.¹⁶ Dass diese Idealbestimmung nicht typisch für Gesellschaften wie die chinesische, sondern eine universale Funktionsbestimmung ist, haben bereits Rueschemeyer/Skocpol verdeutlicht. Wissenseliten, so argumentieren sie, beanspruchen soziale Objektivität ihres Wissens, auch im Interesse der Hebung ihrer intellektuellen Autorität. Obwohl Konzepte gesamtgesellschaftlicher Interessenvertretung sozial konstruiert sind, dient die Behauptung, man vertrete Interessen der Allgemeinheit, häufig dazu, beim Staat Vertrauen zu erwerben, zumal dieser ebenfalls vorgibt, Repräsentant der Allgemeininteressen zu sein.¹⁷

Bezogen auf Entwicklungsländer hat der Soziologe Edward Shils dem Intellektuellenbegriff ein *regimeoppositionelles* Merkmal zugeordnet (Intellektuelle seien dem

¹³ Foucault, Michel, *Botschaften der Macht. Der Foucault-Reader. Diskurs und Medien*, hrsg. von Jan Engelmann, Stuttgart 1999, S. 23ff.

¹⁴ Mannheim, Karl, *Ideology and Utopia*, New York 1936, S. 11.

¹⁵ Said, Edward W., *Götter, die keine sind. Der Ort des Intellektuellen*, Berlin 1997, S. 12.

¹⁶ Vgl. etwa Schwarcz, Vera, *The Chinese Enlightenment*, Berkeley 1986, S. 250-262.

¹⁷ Rueschemeyer, Dietrich/Skocpol, Theda, "Conclusion", in: dieselben, a.a.O., S. 305f.

jeweiligen herrschenden Regime gegenüber oppositionell eingestellt),¹⁸ eine Markierung, die eher für Intellektuelle zutreffen mag, die sich in revolutionären oder Befreiungsbewegungen engagieren bzw. für solche in autoritären Gesellschaften. Gerade in autoritären Staaten steht der Intellektuelle vor einem Dilemma, wenn und insofern seine ideellen Konzepte und die gesellschaftlich-politische Realität, in der er lebt, nicht übereinstimmen. Er kann sich dann zu eben jenem Regimeoppositionellen entwickeln. Ist er zugleich persönlich von dieser Kluft zwischen Erkenntnis und Realität betroffen, etwa auf Grund von Verfolgung, Repression, Zensur oder auch nur der bloßen Erkenntnis der Krisenhaftigkeit der Gesellschaft, kann dies zu einem Identitätsverlust im Hinblick auf Staat und System führen. Einerseits ist er dann weiterhin Teil dieser Gesellschaft und damit des Systems, in dem er lebt, fühlt sich diesen gegenüber verpflichtet, andererseits führt der Identitätsverlust zu abnehmender Loyalität gegenüber Staat und System, ohne dass er dadurch schon aus der politischen Verantwortung für das Gemeinwesen entlassen würde. Er hat nun die scheinbare Wahl zwischen konformistischer Unterwerfung und intellektueller bzw. nationsgebundener Verantwortlichkeit.

Vaclav Havel hat in seinem Buch "Versuch, in der Wahrheit zu leben" dazu aufgerufen, sich diesem Dilemma zu stellen und den Widerspruch aufzulösen. Anpassung in posttotalitären Systemen, so Havel, stärke das System und seine Macht, weil Anpassung das "Panorama" von Erwartungen des Regimes schaffe und die Spielregeln bestätige.¹⁹ Der einzige Ausweg aus dem Intellektuellendilemma bestehe darin, sich um ein *Leben in Wahrheit* zu bemühen, denn dadurch, dass (in unserem Fall der Intellektuelle) die "Spielregeln" verletze,

hat er das Spiel als solches abgeschafft. Er hat entlarvt, dass es nur ein Spiel ist. Er hat die Welt des 'Scheins' zerstört, die Grundlage des Systems; er hat die Machthaber dadurch verletzt, dass er ihre Bindungen durchlöchert hat; er zeigte, dass das 'Leben in der Lüge' ein Leben in Lüge ist.²⁰

Er knüpft damit an eine Aussage Foucaults an, dass der Intellektuelle die "Spezifität der Politik der Wahrheit" in der Gesellschaft vertrete, dass er sich für die Macht des Wahren einsetze²¹ und damit Repräsentant des unabhängigen gesellschaftlichen Gewissens sei.

Es gibt aber noch eine andere Seite der Intellektuellen, die, so Gramsci, auch das hegemoniale System der herrschenden Klasse tragen, die Herrschaft dieser Klasse ideologisch vermitteln. Er unterscheidet zwischen *traditionellen* und *organischen* Intellektuellen. Bei den Letzteren handelt es sich um die von einer neuen herrschenden Klasse in ihrem Interesse herangezogene Intellektuellenschicht, bei der Ersteren um die "aus der alten Gesellschaft" stammenden Intellektuellen, die gleichwohl von dem neuen Regime assimiliert werden können. Gramsci weist letztlich auf die Notwendigkeit einer Differenzierung hin, denn die Intellektuellen gibt es nicht. Intel-

¹⁸ Shils, Edward, "The Intellectuals in the Political Development of the New States", in: Kautsky, John, ed., *Political Change in Underdeveloped Countries, Nationalism and Communism*, New York 1976, S. 217-219.

¹⁹ Havel, Vaclav, *Versuch, in der Wahrheit zu leben*, Reinbek 1990, S. 23ff.

²⁰ Ibid., S. 27/28.

²¹ Foucault, Michel, *Botschaften der Macht*, a.a.O., S. 28.

lektuelle bildeten keine autonome, unabhängige soziale Gruppe. Verschiedene Gesellschaften und gesellschaftliche Gruppen würden sich jeweils "ihre eigene spezialisierte Kategorie" von Intellektuellen schaffen.²²

Seine Bestimmung von der *Hegemonie* der herrschenden Klasse bzw. des Staates berührt indessen noch ein weiteres in unserem Zusammenhang wichtiges Moment. Der Staat versucht seine Hegemonie in allen Bereichen, auch in der ideologischen, kulturellen und wissenschaftlichen Sphäre, sicherzustellen. Intellektuelle, die sich im Prozess sozialen Wandels nicht mehr als ideologische Funktionäre im Sinne der Herrschenden verhalten, sondern als politische Aufklärer, beginnen diese Hegemonie grundsätzlich zu hinterfragen und bemühen sich um die Verbreitung und Durchsetzung neuer Ideen. Damit stellen sie das System als solches noch nicht in Frage. Allein durch die Existenz verschiedener Strömungen tragen sie auf diese Weise jedoch zur politischen Pluralisierung und damit zur Verringerung staatlicher Hegemonie bei, indem nämlich die Dominanz der offiziellen Staats- oder Partei-"Linie" dadurch grundsätzlich hinterfragt wird. Es erfolgt dann ein Übergang von der Hegemonie des Staates hin zu einem *fragmentierten Autoritarismus*, in dem verschiedene Akteure Platz haben, bei gleichzeitiger Fortexistenz des politischen Systems.

Eine ähnliche Unterscheidung wie Gramsci hat Edward Shils vorgenommen, der zwischen "traditionellen" und "modernen" Intellektuellen unterscheidet, wobei die Letzteren in modernen Bildungsanstalten und mit modernen Bildungsinhalten ausgebildet worden seien.²³ Anders als Gramsci stellt Shils allerdings die Modernisierungsfunktion in den Mittelpunkt seiner Betrachtung und argumentiert, dass die modernen Intellektuellen grundsätzlich an der Schaffung moderner Verhältnisse und Strukturen interessiert und damit Modernisierungsakteure seien. Eine modernistisch eingestellte Intelligenz bemüht sich zugleich um wissenschaftliche Lösungen aktueller politischer Probleme. Sie kann Staat und Gesellschaft daher politikrelevantes Wissen anbieten. Gerade in Modernisierungsprozessen bewirkt die Nachfrage nach gesellschafts- und staatsrelevantem Wissen die Produktion von Diskursen, werden *knowledge professionals* zu *policy intellectuals*.²⁴

Wir beziehen uns hier auf die Intellektuellen im politischen Sinn und unterscheiden zugleich zwischen den *marginalen* Intellektuellen,²⁵ die mit ihrer Kritik an den Rand gedrängt oder verfolgt werden ("Dissidenten" und "Kaltgestellte"), den *konstruktiv-kritischen* Intellektuellen, deren Vorstellungen über die der offiziellen Parteilinie weit hinausreichen, ohne dass sie eine direkte Sprengung des Systems beabsichtigen, den *angepasst-kritischen*, die im Rahmen der offiziellen Parteiarbeit gewisse Zweifel äußern und moderate Veränderungen vorschlagen und den *assimilierten* Intellektuellen, die sich pedantisch in diesem Rahmen bewegen und keinerlei Zweifel äußern. Darüber hinaus haben Intellektuelle immer auch die Möglichkeit

²² Gramsci, Antonio, *Gefängnis Hefte*, Bd. 7, Hrsg.: Klaus Bochmann et al., Hefte 12-15, Hamburg, Berlin 1996, S. 1497ff.

²³ Shils, Edward, *The Intellectuals and the Powers and Other Essays*, Chicago, London 1972, S. 389.

²⁴ Vgl. dazu Katznelson, Ira, "Knowledge about What? Policy Intellectuals and the New Liberalism", in: D. Rueschemeyer/T. Skocpol, a.a.O., S. 28.

²⁵ Zum marginalen Intellektuellen vgl. Konrad, Györgi/Szelenyi, Ivan, *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*, Frankfurt/M. 1978, S. 362ff.

des Exits, indem sie sich z.B. selbstständig in der Wirtschaft engagieren (*xia hai*), sich ins innere Exil zurückziehen, in esoterische Sphären ausweichen oder abweichende Positionen in intellektuellen Subgesellschaften pflegen.

Modernisierungstheoretisch ergibt sich für China noch eine weitere Ambivalenz der Intellektuellen: Einerseits gab bzw. gibt es das Bemühen, den "Westen" und seine Entwicklung zu kopieren, andererseits wird die Übernahme "westlicher" Muster (mit Ausnahme technischer Momente) als unvereinbar mit der einheimischen Kultur abgelehnt. Diese Ambivalenz schlägt sich auch in den Diskursinhalten nieder und führt zu Brüchen in der Argumentation, zumal es häufig eine biografisch determinierte Bindung an die politische Führung (oder die herrschende Partei) und das System gibt, nicht zuletzt als Resultat biografischer Erfahrung und kollektiver Erinnerung. Gleichwohl stimmen die Diskursteilnehmer gleich welcher Richtung heute weitgehend überein, dass Demokratie und Freiheit allgemeine politische Ziele darstellen.²⁶

Nicht unwichtig erscheint die Frage, weshalb Intellektuelle sich kritisch verhalten. Gewiss spielt in Ländern wie China das Moment der Identität mit der Nation und ihrem Wohlergehen eine zentrale Rolle. Intellektuelle wollen im Interesse der Modernisierung und der Stärkung ihrer Nation ein modernes intellektuelles System etablieren. Dies erfordere, so meinen sie, eine Rationalisierung des politischen Systems (größere Kontrolle, Transparenz und Entscheidungssicherheit), im Interesse der Schaffung "moderner" Verhältnisse, der Eindämmung von Korruption und von Machtmissbrauch.

Und noch ein weiteres Moment scheint eine signifikante Rolle zu spielen: Das Konzept der "Wissen konstituierenden Interessen" (Habermas) im Sinne von Wissen als "Reflexionswissen", das auch (politische u.a.) Interessen generiert, d.h. Ziele und Absichten, die verwirklicht werden sollen und deren Realisierung für den Betroffenen bzw. eine Gruppe von Vorteil ist. Habermas interpretiert Interessen als "Grundorientierungen", die auf "die Lösung von Systemproblemen", d.h. die Emanzipation von Menschen aus systemischen Zwängen abzielen ("emanzipatorisches Erkenntnisinteresse"). Zugleich muss zwischen zwei Arten von Interessen unterschieden werden: Zwischen ideologisch bestimmten, die auf Manipulation und Kontrolle abzielen, sowie nicht ideologisch bestimmten, die Rationalisierung, Aufklärung und Überzeugung zum Ziel haben.²⁷ Dieser Interessendualismus passt sehr gut auf die politischen Diskurse in China, in denen sich *ideologische* (offizieller Partei- und Staatsdiskurs) und *latente Interessen* (konstruktiv-kritische und marginale Diskursteilnehmer) in Interaktion befinden.

3 Diskursinhalte und -strategien seit 1998

Intellektuelle Diskurse über politische Reformen und Demokratisierung sind auch in der VR China nicht neu. Sie haben die Reformära seit Ende der 1970er-Jahre begleitet und verschiedene Höhen und Tiefen durchlaufen. Zweifellos sind Intellektuelle heute unabhängiger, gesellschaftskritischer und eher bereit, sich für ihre Rechte

²⁶ Dazu u.a.: Chu Xiao-quan, "Zwei Goldene Zeitalter Chinas", in: *Lettre*, 56 (2000), S. 56ff.

²⁷ Vgl. Habermas, Jürgen, *Erkenntnis und Interesse*, Frankfurt/M. 1971, vor allem S. 235ff.

einzusetzen und den Staat herauszufordern.²⁸ Dies hat auch damit zu tun, dass sie nicht mehr vollständig vom Staat abhängig sind, sondern dass alternative Berufs- und Karrierewege zur Verfügung stehen (Errichtung relativ unabhängiger Institute, Gründung eigener Firmen, Tolerierung eines limitierten Meinungspluralismus durch den Staat). Dadurch haben sich die Beziehungen von Intellektuellen und Staat/Partei grundsätzlich verändert, auch in Richtung abnehmender Loyalität gegenüber Partei und Staat bei gleichzeitig wachsender Autonomie.²⁹ Zugleich hat dies dazu beigetragen, das aus der Mao-Ära stammende Trauma der Intellektuellen, das u.a. aus der Intellektuellenverfolgung 1957 (Kampagne gegen die "Rechten") und der Kulturrevolution herrührt, überwinden zu helfen.

Im Folgenden geht es nun um eine Auswahl von Personen und Teildiskursen, deren Ideen Auswirkungen auf den Gesamtdiskurs haben. Dabei beanspruchen wir nicht, dass diese Ideen und Teildiskurse das gesamte Spektrum intellektueller Ideen abdecken. Wir konzentrieren uns vielmehr auf pfadweisende Diskurse.

Grundsätzlich lassen sich zwei große Diskursebenen unterscheiden: Der Diskurs, der die offizielle Staats- oder Parteilinie wiedergibt, also entweder auf der Beschlusslage der politischen Führung basiert oder diese konformistisch weiterträgt (wir wollen ihn zunächst als *etatistischen* Diskurs bezeichnen, weil er die offizielle staatliche Linie vorgibt) und sich an die vom Staat bzw. von der Partei gesetzten Markierungen hält (in China sind das z.B. die "Vier grundlegenden Prinzipien"³⁰). *Intellektuell-kritische* Diskurse bewegen sich dagegen über diese Markierungen hinaus (ohne das System bereits grundsätzlich in Frage zu stellen). Sie begeben sich dabei stets in die Gefahr zu politischer *Pathologie* erklärt zu werden, wenn und insofern sie sich nicht mehr "regelkonform" verhalten.³¹

Unsere Interviewreihen mit Angehörigen der intellektuellen Elite³² aus *think tanks* und wichtigen Forschungseinrichtungen verdeutlichten dabei die Streuung der Diskurspositionen im Sinne der o.g. Differenzierung (*bewahrende, rechtfertigende, konstruktive, transformatorische* und *demontierende* Diskursstrategien).

²⁸ Vgl. dazu auch: Mok, Ka-ho, *Intellectuals and the State in Post-Mao China*, Houndmills et al. 1998.

²⁹ Dazu u.a.: Goldman, Merle/Link, Perry/Su Wei, "China's Intellectuals in the Deng Era: Loss of Identity with the State", in: Dittmer, Lowell/Kim, Samuel S., eds., *China's Quest for National Identity*, Ithaca, London 1993, S. 125ff.; Mok, a.a.O., S. 4ff.

³⁰ Festhalten am sozialistischen System, an der Führungsrolle der KP, an der demokratischen Diktatur des Volkes und an der führenden Rolle der Parteideologie.

³¹ Ähnlich Ulrich Beck im Gespräch mit Habermas, in: Habermas, Jürgen, *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt/M. 1985, S. 61.

³² Interviewt wurden Angehörige des Zentrums für Vergleichende Politik und Wirtschaft (CCPE/ dem früheren Übersetzungsinstitut für Marxismus-Leninismus), der verschiedenen Elite-Universitäten wie Qinghua- und Beijing-Universität, freie Journalisten, Unternehmer, Angehörige der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften sowie von anderen wissenschaftlichen Institutionen. Daneben wurden zahlreiche informelle Gespräche mit WissenschaftlerInnen, AktivistInnen von NGOs und PolitikberaterInnen geführt.

3.1 Bewahrende und rechtfertigende Diskurse: gradueller Wandel, Rechtsstaat und Herrschaft der KP

Bewahrende und rechtfertigende Diskurse zeichnen sich einerseits dadurch aus, dass sie die Partei herrschaft unterstützen und sich vorrangig auf Reformen im Rahmen der offiziellen Parteilinie konzentrieren. Dies bezieht sich etwa auf die Diskussion über die "sozialistische Demokratie chinesischer Prägung", in deren Rahmen zwar die Rolle der Volkskongresse gestärkt, Staat und Partei funktional getrennt, deren Beziehung rechtlich geregelt und ein Rechtssystem eingeführt werden sollen, allerdings unter Beibehaltung der Führungsrolle der Partei.³³ Andererseits bilden auch die postmodernen bzw. postkolonialen Kritiker einen Teil dieses Diskursstranges. Für die Letzteren ist die Kritik an den autoritären Strukturen in China durch chinesische Intellektuelle Ausdruck des verderblichen "westlichen" Einflusses.³⁴

Der Aufbau einer "Rechtsgesellschaft" nimmt eine zentrale Stellung in diesem Diskursstrang ein und verbindet ihn gleichzeitig mit allen anderen. Systembedingte Missstände wie Korruption oder Bürokratismus sollen diesem Diskurs zufolge nicht durch Ausweitung öffentlicher Kontrolle und Transparenz sowie von Partizipation gelöst werden, sondern durch verstärkte politisch-ideologische Erziehung, Selbsterziehung führender Funktionäre (die neueste ideologische Richtlinie heißt "Mit Tugend regieren", *Yi de zhi guo*), Erhöhung des Bewusstseins der Kader, bessere und striktere Kaderausswahl und stärkere parteiinterne Kaderkontrolle.³⁵

Yu Keping vom *China Centre for Comparative Politics and Economics* zufolge ist der "Deng-Xiaoping-Diskurs" die Manifestation des parteikonformen Diskurses. Gleichwohl beinhaltet dieser auch Elemente anderer Diskurse. So wird auch hier über den "mittleren Weg", "graduellen Wandel", den Aufbau eines Rechtsstaates oder die Dorfahlen diskutiert. Entscheidend ist aber, dass diese Diskursteilnehmer eine Reform ohne und außerhalb der Partei für unmöglich halten. Yu: "Es wird aber in China in Zukunft niemals ein parlamentarisches System oder eine Mehrparteiendemokratie geben".³⁶ Die Akteure dieses Diskurses argumentieren häufig auch mit "indigenen", d.h. genuin "chinesischen" Elementen der Demokratie. So hält z.B. Yu

³³ Vgl. dazu Du Lun, *Vervollkommnung der "sozialistischen Demokratie chinesischer Prägung". Eine kurze Darstellung des systemkonformen Modells im Demokratie-Diskurs in der VR China seit dem XV. Parteitag im September 1997*, Institute for East Asian Studies, Project Discussion Paper No. 8 (orangene Reihe), Institut für Ostasienwissenschaften, Duisburg 2001.

³⁴ Dazu: Ben Xu, "Postmodern-postcolonial Criticism and Pro-Democracy Enlightenment", in: *Modern China*, 1/2001, S. 117-147.

³⁵ Vgl. z.B. Wei Jianxing, "Jianding xinxin, jiada lidu shenru tuijin dangfeng lianzheng jianshe he fan fubai douzheng (Das Vertrauen verstärken, den Aufbau eines sauberen Parteiarbeitsstils vorantreiben und den Kampf gegen Korruption führen)", in: *Qiushi*, 5/2000, S. 6-14; Li Xueqin, "Jiajiang sixiang zhengzhi gongzuo yu fan fubai (Die politisch-ideologische Arbeit verstärken und die Korruption bekämpfen)", in: *Qiushi*, 14/2000, S. 41-43. Vgl. dazu auch den rigiden Katalog, den die Parteiführung in ihren "Leitlinien zur Vertiefung der Reform des Kadersystems" im Herbst 2000 aufgestellt hat, zusammengefasst von Jing Dali, "Xiezhi fubai de zhiben zhi ce (Grundsätzliche Politik zur Eindämmung von Korruption)", in: *Renmin Ribao* (Volkszeitung), 9.11.00. Dazu auch: Heberer, Thomas, *Korruption als Globales Phänomen und seine Ausprägungen in Ostasien. Korruption und Korruptionsdiskurse*, Project Discussion Paper No. 9 (orangene Reihe), Institut für Ostasienwissenschaften, Duisburg 2001, S. 16ff.

³⁶ Interview mit Yu Keping im Juli 2000.

Keping die Diskussion über "asiatische" oder "chinesische" Werte für wichtig, da eine Ideologie benötigt werde. Stärken der "asiatischen Werte", die er letztlich mit "konfuzianischen" identifiziert, sieht er in Konzepten der Gleichberechtigung (*ping-deng*), der Harmonie, des Mittleren Weges (*zhongyong zhidao*) und zivilisierter Höflichkeit. Schwachstellen dagegen seien die diesen Konzepten inhärenten Aspekte der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, der Korruption, der Hofierung von Regierungsbeamten und des Erkaufens von Macht.

Die Vertreter dieses Diskurses stellen explizit den Reformerverfolg und die damit verbundenen Verdienste der Partei in den Vordergrund. Zhao Baoxu, Politikprofessor an der Peking-Universität, hebt die Leistungen der sog. "Dritten Führungsgeneration" um Deng Xiaoping hervor. Deng habe die Tradition der Personenherrschaft beendet und die Ära der Gesetzesherrschaft eingeleitet. Zwar benötige man noch sehr viel Geduld, bis aus der VR China ein Rechtsstaat werde, aber der Weg, den Deng eingeschlagen habe, sei der richtige. Letztlich werde der "Durchbruch" (*tupo-kou*) über die Wirtschaft erreicht. Die Demokratisierung von Gesellschaft und Politik würde sich mit der Zeit automatisch einstellen. Er argumentiert also modernisierungstheoretisch. Vom Blickwinkel der chinesischen Geschichte des 20. Jhdts. her, so Zhao, sei Demokratie von den Intellektuellen weitgehend nur als Mittel (zum Sturz einer Regierung) begriffen worden, nicht jedoch als Ziel im Sinne der Schaffung eines demokratischen Systems.

Was die Frage der Demokratie anbelangt, so man kann sagen, dass gegen Ende der Qing eine neue Gedankenwelle einsetzte, wobei schließlich am Ende die Banner [der alten Herrschaft] geschlagen wurden. Später gab Chen Duxiu dann die "Neue Jugend" (*Xin qingnian*) heraus und erhob die Banner der Herren "De" [democracy] und "Sai" [science]. Das haben aber lediglich die Studentenbewegung aufgenommen, die Vierte-Mai-Bewegung, Chen Duxiu, Li Dazhao oder Hu Shi. Aber warum stand am Anfang eine Studentenbewegung? (...) Die Studentenbewegung hat stets unter dem Banner der Demokratie operiert, auch wenn es realiter darum ging, dass sie mit der gegenwärtigen Politik nicht einverstanden war. Sie wollte letztlich die Regierung stürzen. Demokratie war ein Banner, eine Methode, ihr Ziel jedoch war nicht gut (*liang*), ihr Ziel war Revolution. Also war sie das Banner und die Parole der Revolution.³⁷

Gerade aufgrund dieser Erfahrung müssten die Reformwürfe der Partei unterstützt und Demokratie als Ziel neu definiert werden. Das beinhaltet für Zhao auch, dass der Schutz des Einzelnen per Gesetz garantiert sein müsse. Damit knüpft er aber nur scheinbar an andere Diskurse, die z.B. den Schutz individueller Rechte und die Gleichheit aller vor dem Gesetz ins Zentrum rücken, an. So betont er, dass die Gefahr der Einflussnahme v.a. der USA auf so genannte chinesische Demokratiekämpfer, die im Grunde nur den Sturz der Regierung anstrebten, sehr groß sei. Viele dieser Akteure würden gekauft, Geld spiele hier eine wichtige Rolle.³⁸ Westliche Demokratisierungsmethoden seien eher als "maoistisch" zu begreifen. Sie gingen nach wie vor von einem revolutionären Wandel aus und seien daher abzulehnen. Chinesische Demokratisierung hingegen bedeute auf der oberen Ebene die Ausweitung von Partizipation im Nationalen Volkskongress, auf der unteren Dorfahlen.

³⁷ Interview mit Zhao Baoxu im Juli 2000.

³⁸ Interview mit Zhao Baoxu im Juli 2000.

Zhao steht der Frage politischer Reformen kritisch gegenüber. Gleichwohl plädiert er, wie Yu Keping, für eine "innere Reform", d.h. eine kontrollierte, graduelle Reform mit kontrollierter Partizipation, um "Chaos" (*luan*) zu vermeiden.

Wichtigste Kennzeichen dieses Diskurses sind die dezidierte Befürwortung der wirtschaftlichen Reform sowie die Hervorhebung ihrer Erfolge. Wer nur deren Schwachstellen kritisiere, sei letztlich Gegner der Reformen und damit fortschrittsfeindlich. Die Vervollkommnung der "sozialistischen Demokratie chinesischer Prägung" steht im Zentrum dieses Diskurses und beinhaltet die Institutionalisierung (*zhiduhua*) und Verrechtlichung (*falühua*) des politischen Systems. Diese Diskursstrategie zeichnet sich dadurch aus, dass ökonomische Menschenrechte hierarchisch über den politischen angesiedelt werden und dass die Stärkung der Volkskongresse (Konstituierung über Wahlen, Wahl von Verwaltungs- und Rechtsprechungsorganen, Führung durch den jeweils höher stehenden Volkskongress) die anzustrebende Institutionalisierung des demokratischen Zentralismus bedeute.³⁹

3.2 Konstruktive Diskurse: Verfassungsdemokratie oder "demokratischer Nationalismus"

Konstruktive Diskurse machen im Rahmen der politischen Möglichkeiten Vorschläge für politische Reformen, die eine wesentliche Verbesserung des politischen Systems und der Partizipation mit sich bringen, ohne dass die Parteiherrschaft grundsätzlich in Frage gestellt wird. Jedoch ist dieser Diskursstrang alles andere als homogen. So können sowohl die Diskurse zur Stärkung Chinas, also Diskurse entlang eines populistischen Nationalismus, als auch die entlang eines chinesisch rezipierten Liberalismus zum konstruktiven Diskursstrang gezählt werden. Der Unterschied zu den rechtfertigenden/bewahrenden Diskursen besteht darin, dass ein Mehrparteiensystem nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern unter der Führung einer aufgeklärten Elite sogar angestrebt wird.

Als Vertreter dieses Diskurses wollen wir im Folgenden Li Shenzi und Wang Xiaodong vorstellen. Li gehört zur intellektuellen Elite und war stellvertretender Präsident des wichtigsten *think tanks* der Regierung, der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, ehe er im Frühjahr 2000 mit einigen anderen Intellektuellen in die Kritik geriet. Wang Xiaodong ist Mitherausgeber der Zeitschrift *Zhanlüe Yu Guanli* (*Strategie und Management*) und war zusammen mit Fang Ning, Professor an der Pädagogischen Hochschule, Autor des dritten, 1999 erschienenen *Say no*-Buches *Chinas Weg im Schatten der Globalisierung* (*Quanqihua yinxing de bei-hou*). Wang,⁴⁰ der auch unter dem Pseudonym Shi Zhong schreibt,⁴¹ ist einer der

³⁹ Eine detaillierte Beschreibung des bewahrenden und rechtfertigenden Diskurses findet sich in dem Project Discussion Paper Nr. 8/2000 von Du Lun (besonders S. 6) und Nr. 3/2000 von Yu Keping, hrsg. vom Institut für Ostasienwissenschaften, Duisburg (orangene Reihe).

⁴⁰ Wang Xiaodong wurde 1955 geboren und gehört der sog. Kulturrevolutionsgeneration an. 1978 erhielt er einen Studienplatz für Mathematik an der Peking-Universität. In den 1980er-Jahren brach er sein Doktorandenstudium in Japan ab, danach arbeitete er als Dozent an der Außenhandelsuniversität, wo er allerdings nach dem 4. Juni 1989 entlassen wurde, da er, wie er sagt, als "zu links" galt.

⁴¹ Shi Zhong (Wang Xiaodong), "Xifangren yanzhong de Zhongguo minzuzhuyi (Chinesischer Nationalismus in den Augen der Westler)", in: *Zhanlüe Yu Guanli* (*Strategie und Management*), 1/1996, S.

chinesischen Protagonisten des Diskurses um Edward Saids Orientalismus-These⁴² und zeichnet sich v.a. durch seine Affirmation westlicher demokratischer Werte bei gleichzeitiger Betonung nationalistischer Selbststärkung aus. Er bezeichnet dies als die Ideologie des "demokratischen Nationalismus" und die tragende Bewegung dahinter als "Neue Linke".⁴³ Er selbst möchte sich nur als "Linken", als Vertreter der unterprivilegierten Klasse" verstanden sehen.⁴⁴ Zugleich verfügt er über einflussreiche Kontakte in Partei und Streitkräften.⁴⁵ Der *Far Eastern Economic Review* zufolge⁴⁶ konnten diese Kräfte, die verwirrenderweise auch als die "Neue Rechte" bezeichnet werden, das Vertrauen Jiang Zemens gewinnen und ihren Einfluss auf den Prozess der Reform ausbauen. Leute wie Pan Yue, Vizeminister der Wirtschaftsreformkommission, Wang Huning, einflussreicher Ideengeber Jangs, Advokat einer "starken Regierung" und ehemaliger Professor der Fudan-Universität in Shanghai, He Xin, Autor und Berater des Politbüros, Wang Xiaodong u.a. zählen sich zu den Verfechtern eines aufgeklärten nationalistischen Autoritarismus.

Die antagonistischen Positionen Lis und Wangs bilden eine gemeinsame Schnittmenge. Sie streben beide eine Reform des bestehenden Systems innerhalb der Systemgrenzen an (da sie alles andere für utopisch erklären) und unterstützen eine Reform durch eine aufgeklärte Elite. Die Auseinandersetzung mit Nationalismus und Liberalismus bildet hierbei das diskursive *battle field*.

Während Li für eine Verfassungsreform plädiert, hebt er gleichzeitig hervor, dass Jiang Zemin die besten Chancen hätte, an der Macht zu bleiben, wenn er Konkurrenz und Öffnung des politischen Systems zulassen würde. Wir finden bei ihm eine Mischung aus traditioneller Orientierung an einer "aufgeklärten Elite", inneren Systemreformen sowie Zielen, die außerhalb des Systems liegen. Demokratie bedeutet für ihn die Aufhebung des Parteienverbots und der Zensur, Gewaltenteilung und die Einführung einer parlamentarischen Demokratie. Ökonomisch betrachtet sei es obsolet, von Neo-Liberalismus in China zu reden, da die, wie er sagt, "10.000 Schulen des Liberalismus" von "Adam Smith bis John Locke" in China weder richtig adaptiert noch verstanden worden seien. Politische Reformen und Demokratisierung müssten durch Verfassungsänderung und *innerhalb* der Partei von oben nach unten einsetzen.

20-26. Dieser Beitrag findet sich auch in dem oben erwähnten dreibändigen Werk *Standpunkte chinesischer Intellektueller (Zhongguo zhishi fenzi fenzi lichang)*, Li Shitao (Hrsg.), Beijing 2000, Bd. 2, S. 324-337, unter dem gleichen Titel.

⁴² Vgl. Barmé, Geremie, "To Screw Foreigners is Patriotic: China's Avant-Garde Nationalists", *The China Journal* No. 34, 1995, S. 4-5.

⁴³ Liu, Melinda, "Broken Dreams", in: *Newsweek* 7.6. 1999.

⁴⁴ Interview mit Wang Xiaodong im Juni 2000.

⁴⁵ Namentlich wurden die Personen nicht genannt — Hinweise in informellen Gesprächen bezogen sich vor allem auf Militärkreise und WTO-Gegner innerhalb der Partei. Unterstützer finden sich unter den Auftraggebern der beiden *China kann Nein sagen*-Bücher, bei Professoren der Qinghua-Universität wie Li Xiguang, dem Hauptautor des Buches *Dämonisierung von Chinas Vergangenheit (Yaoguihua Zhongguo de beihou)*, und dem Direktor der *Chinese Social Science Press* Cao Hongju. Das Militär finanziert eine der wichtigen Zeitungen dieser Gruppe, *Strategie und Management (Zhanlüe Yu Guanli)*.

⁴⁶ Bruce Gilley, "The Right Stuff", in: *Far Eastern Economic Review*, 17.5.2001, S. 26.

Bereits 1981 habe ich 10 Punkte zur Reform der Verfassung niedergeschrieben. Ich glaube, das politische System in China drückt sich am konzentriertesten in der Verfassung, der Trägerin des politischen Systems, aus. (...) Man kann nicht von Reform des politischen Systems sprechen, wenn man nicht die Verfassung reformiert. 1989 habe ich das erste nichtstaatliche (*minjian tuanti fadong*) theoretische Diskussionsforum (*lilun yantaohui*) zur Verfassungsänderung ins Leben gerufen. Am 26. März 1989 in der Staatsbibliothek – mehr als 200 Menschen haben daran teilgenommen. 1999 habe ich noch einmal vier Prinzipien zur Verfassungsänderung vorgetragen und kürzlich noch einmal. Man sieht mich nicht in der Zeitung, aber wenn ich Vorträge halte, dann hören mir Hunderte von Menschen zu. Ich glaube, das ist auch eine Art von Diskurs.⁴⁷

Li denkt auch an die Einführung eines Mehrparteiensystems, das für ihn mit dem gegenwärtigen System keineswegs unvereinbar ist, denn:

Wer gibt die Impulse für ein Mehrparteiensystem? Das ist [in China] immer noch die Kommunistische Partei. Das Mehrparteiensystem ist auch Inhalt der politischen Reform. Meine Grundüberzeugung ist, dass man Konkurrenz erlauben muss. Die Wirtschaft braucht Konkurrenz, Konkurrenz erzeugt Prosperität (*fanrong*) (...). Auch die Politik benötigt das. Ohne Konkurrenz gibt es keine Notwendigkeit, Fehler zu berichtigen, also braucht man auch nicht die Unterstützung der Bürger. (...) Das Beste wäre natürlich, wenn Jiang Zemin selbst eine solche Reform in die Hand nehmen würde. Es gibt keine bessere Möglichkeit. Natürlich weiß ich, dass das eine Illusion ist.⁴⁸

Ganz ähnlich argumentiert Wang Xiaodong. Nach seiner Auffassung mangelt es in China nur an einer kompetenten Führungselite, die eine Demokratisierung durchsetzen könnte. Chinas Schwäche und das Phänomen der Korruption hätten nichts mit der kulturellen Tradition zu tun — im Gegenteil. Die hohe "Qualität" der kaiserlichen Beamtenschaft habe über die Jahrhunderte hinweg erst ein effektives Regieren ermöglicht. Folgerichtig bezeichnet Wang die Effektivität der Bürokratie und die Unbestechlichkeit als chinesisches Charakteristikum, Korruption als historische Ausnahme. China könne auf eine längere Geschichte effektiver Beamtenschaft zurückblicken als Europa. Auf der anderen Seite bedrohe die "monetäre Selbstbedienung der Funktionäre" die Effizienz der Regierung.

Wir brauchen gar nicht erst darüber nachzudenken, ob ein demokratisches oder ein autoritäres System besser wäre. Fakt ist, dass die Funktionäre in erster Linie unfähig sind. Außer sich Geld in die eigenen Taschen zu stopfen und ihre Vorgesetzten zu erfreuen können sie nichts. Manchmal reden die Westler davon, dass China eine Bedrohung sein könnte, aber wie soll so ein Land andere Länder bedrohen können? Die Beamtenschaft ist absolut unfähig (...). Der Kenntnisstand in Bezug auf westliche Ländern ist erschreckend niedrig. Sie sind einfach dumm.⁴⁹

Letztlich erzeuge die Privilegienwirtschaft einen schwachen Staat, von daher sei dessen Stärkung unabdingbar. Doch wie soll das erreicht werden? Wang plädiert für eine Anpassung an qingzeitliche Methoden. Damals seien Beamte nach "ihrer Bil-

⁴⁷ Interview mit Li Shenzhi im Juni 2000.

⁴⁸ Interview mit Li Shenzhi im Juni 2000.

⁴⁹ Interview mit Wang Xiaodong im Juni 2000.

„dung und moralischen Integrität“ ausgewählt worden. Zu Beginn der Ming-Dynastie sei die Macht der Eunuchen entscheidend gewesen. Das heutige System sei mit dem der „Eunuchenprivilegien“ gleichzusetzen. Nur diejenigen mit guten Beziehungen und Vertraute der Führer könnten in die Politik gelangen, womit der Unfähigkeit der Staatsbeamten wieder Vorschub geleistet würde.

Von den Intellektuellen erwartet Wang keine großen Impulse für Veränderungen:

Diejenigen, die an der Peking-Universität oder an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften tätig sind, das sind die 'Elite-Intellektuellen'. Sie können zwar die Regierung kritisieren, aber in Wirklichkeit werden sie von ihr großgezogen, hat die Regierung ihnen enorm viele Vorteile verschafft. Was haben sie schon für besondere Fähigkeiten? Bei näherer Betrachtung sind sie noch korrupter [als die Politiker]. Ihre Aufsätze über internationale Angelegenheiten, Liberalismus oder auch interne Angelegenheiten sind äußerst lächerlich und tölpelhaft.⁵⁰

Mit dieser Kritik zielt Wang auf Liberale wie Li Shenzhi oder den Politologen und Juristen Liu Junning. So käme es z.B. Menschen wie Li nur auf ihre eigene Macht an. Sie redeten gegen eine „Tyrannei der Massen“, da die einfachen Menschen zu dumm seien und ihre Herrschaft lediglich eine Tyrannei der Mehrheit mit sich bringe. Freiheit bedeute ihnen in Wirklichkeit nichts, da sie z.B. gegen die Verbreitung von nationalistischen Gedanken im Internet seien. Von daher ginge es solchen Intellektuellen nicht um Demokratie, sie hätten vielmehr Angst vor ihr.

In Wangs Auffassungen verbinden sich Ideen des Neo-Autoritarismus, der sich die Schaffung einer starken Nation, eines starken Staates und die Lösung von Problemen mit Hilfe eines starken Führers erhofft— mit genuinen Demokratiekonzepten. So versteht er unter demokratischer Kontrolle, durch Wahlen sowie Presse- und Redefreiheit die „Fähigsten“ an die Spitze des Staates rücken zu lassen.

Wang spricht Themen an, die im Volk gut ankommen. Er bezeichnet die Intellektuellen als Sprachrohr der Reichen, die Dorfwahlen als notwendig, aber gleichzeitig vom Regionalismus und von der *Hongbao*-Tradition⁵¹ zur Farce gemacht. Die KP nennt er eine „Kapitalistenpartei“ und schimpft gegen die Unterdrückung der weniger Privilegierten durch arrogante, reiche Politiker. Die Sehnsucht nach Disziplin und Respekt der ersten Generation der Revolutionäre und die Forderung nach freiem politischen Wettbewerb basierten in letzter Konsequenz auf einer reformierten (restaurierten leninistischen) Partei:

Wenn die KP [ähnlich wie Jiang Qingguo in Taiwan] die Partei öffnen würde, brächte das für sie nur Vorteile. Andere Parteien müssten zugelassen werden. Dann könnte die KP [im Wettbewerb] stark bleiben. Macht sie jedoch weiter wie bisher, so wird sie nur weiter geschwächt werden.

Für Wang ist Nationalismus zugleich Triebkraft der Moderne: „Wenn wir erst ein starkes Land sind, können wir viel besser Demokratie aufbauen. Wir brauchen eine starke Armee, die das Land beschützen kann.“⁵² Leute wie Xiao Gongqin, die nach

⁵⁰ Interview mit Wang Xiaodong im Juni 2000.

⁵¹ *Hongbao* bedeutet „Roter Umschlag“. Dieser wurde meist mit Geld gefüllt zum traditionellen Neujahrsfest überreicht und ist heute zum Synonym für Korruption geworden.

⁵² Interview mit Wang Xiaodong im Juni 2000.

der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad (1999) vor Ultra-Nationalismus im Lande warnten, hält Wang für "zu USA-freundlich". Rund um den "China-kann-Nein-sagen-Club", der sich seit 1993 besonders als Reaktion auf die sog. *Zhongguo weixian lun* (Theorie der Gefährlichkeit Chinas) im Zuge des Huntington'schen Szenarios des Zusammenpralls der Kulturen herausbildete, wächst beständig eine differenzierte Intellektuellengemeinschaft, die sich der Zukunft eines (v.a. militärisch und ökonomisch) starken und demokratischen Chinas verschrieben hat.⁵³ Die Nationalisten stehen den Absichten des Westens äußerst misstrauisch gegenüber, greifen jedoch westliche Begriffe und Konzepte auf. Wang erklärt zwar offen, er sei Nationalist, gleichwohl trete er aber für Demokratie ein, wobei Demokratie zwei Kernelemente beinhalte: allgemeines Stimmrecht sowie Presse- und Publikationsfreiheit. Nur Demokratie könne sicherstellen, dass die Öffentlichkeit kontrollieren könne, ob die politische Führung sich im Interesse der Nation verhalte, und nur durch Demokratie könne die Eindämmung der Korruption gelingen. Damit stellt er sich letztlich in die Tradition des europäischen Risorgimento-Nationalismus, der ebenfalls die Selbstbestimmung der Nation mit deren Demokratisierung zu verbinden suchte.

Was Li Shenzhi und Wang Xiaodong inhaltlich trennt (ihre Haltung zu Nationalismus bzw. zu Liberalismus), verbindet sie auf struktureller Ebene. Beide wünschen sich mehr Einfluss. Doch Wang präferiert ein starkes China und versucht, die Liberalen als "Sprachrohr der Reichen" zu diskreditieren. Li hingegen wendet sich gegen die Nationalisten und ihren starken Einfluss auf die Regierung. Von daher gibt es signifikante Unterschiede in der Zielsetzung beider. Wang strebt zugleich eine Stärkung der Nation durch Demokratisierung an. China soll dem Westen nicht nur ebenbürtig, sondern bei zukünftigen Konflikten auch überlegen sein. Er tritt überdies für einen "populistischen" Weg ein, den Mao in seinen Augen verloren hat, wobei sein Kapital darin besteht, wie er erklärt, dass er sich für die "unterdrückten Klassen" im restaurierten Kapitalismus einsetzen will.

Li hingegen wendet sich entschieden gegen die sog. "Neuen Linken" und zieht in Zweifel, ob sich diese wirklich von den "Alten Linken", den Demagogen, unterscheiden. Beide seien letztlich rückwärtsorientiert. Den Nationalismus hält er für "die größte Gefahr für das heutige China". Er stimmt in diesem Sinne mit He Baogang überein, der argumentiert, dass die Partei es immer wieder verstehe, mit dem Instrument des Nationalismus die Intellektuellen an sich zu binden, wodurch die Herausbildung einer kritischen Rationalität und damit ein Demokratisierungsprozess unmöglich gemacht werde. Allein die Ablösung vom Nationalismus schaffe die kritische Masse für einen intellektuellen Umdenkungsprozess.⁵⁴ Auf der anderen

⁵³ Zumindest hypothetisch könnte Friedrich List zum Verständnis des Phänomens des Anwachsens nationalistischer Diskurse im Postsozialismus beitragen. Versuchte er doch, das Erwachen eines neuen Nationalismus aus dem bankrotten Sozialismus zu erklären. Nationalismus habe danach als dritte Kraft zwischen Kapitalismus und Sozialismus die Wirtschaft in Zentraleuropa im 19. Jh. bestimmt. Vgl. Szporluk, Roman, *Communism and Nationalism: Karl Marx versus Friedrich List*, Oxford 1991.

⁵⁴ He Baogang, *Why is establishing democracy so difficult in China? — The challenge of China's national identity question*. Papers of the international conference "The Responses of Intellectuals to

Seite ist Li Realist — vertritt er doch die Überzeugung, dass es nur innerhalb des Systems eine Reform geben könne. Auch er glaubt, ähnlich wie Zhao Baoxu, an eine im Gefolge der ökonomischen Liberalisierung einsetzende politische Liberalisierung. Er geht mit seinen Vorstellungen eines Wettbewerbssystems (Mehrparteiensystems) allerdings über Zhao hinaus.

3.3 Transformatorische Diskurse: strategisch leise Reformen zur Überwindung des Systems

Diese Gruppe von Diskursakteuren intendiert weitgehende Reformen, ähnlich den Vertretern des "konstruktiven" Diskurses, allerdings mit dem Ziel einer Demokratisierung und Überwindung des jetzigen Systems, auch wenn sie ihre Vorstellungen symbolisch verpacken, um nicht zu Staatsfeinden erklärt zu werden. Sie zeichnet sich inhaltlich durch strategisch "leise Reformen" aus, d.h. Reformen, die durch die Aufklärung der Gesellschaft eine "mündige" und aufgeklärte⁵⁵ Öffentlichkeit anstreben. Beispiele hierfür sind die Gründung von Beratungsgesellschaften bzw. "nicht-staatlichen Forschungsinstitutionen", die sich für weitergehende rechtliche Bestimmungen einsetzen (wie etwa Cao Siyuans "Konkursgesellschaft", die das Konkursgesetz auf den Weg gebracht hat) oder der *think tank* "Welt-und-China-Institut", das sich ganz konkret für politische Reformen stark macht, etwa für die Ausdehnung allgemeiner und freier Wahlen von der Dorf- auf die Gemeinde- und Kreisebene. Diese Diskursteilnehmer stehen der Partei äußerst kritisch gegenüber. Ihre Lösungsstrategie für eine Demokratisierung der Gesellschaft speist sich aus der Einsicht, dem autoritären Staat nicht konfrontativ gegenüberzutreten zu können.

Zu dieser Diskursgruppe zählen etwa Xu Youyu,⁵⁶ politischer Philosoph an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, und der Historiker Qin Hui.⁵⁷ Xu mischt sich aktiv in den Demokratisierungsdiskurs ein und ist durch seine Veröffentlichungen in Beijing- und Hongkonger Zeitschriften bekannt. Er bezeichnet sich selbst als Liberalen, fügt aber hinzu, man könne ihn auch zu den "Neuen Linken" zählen. Für ihn hat sich die Politik durch den Reformprozess nicht grundlegend verändert. Das bezeuge u.a. das Festhalten der Parteiführung an den "Vier grundlegenden Prinzipien" und damit an der führenden Rolle der Partei und der Ideologie. Zwar weise die gegenwärtige Marktwirtschaft viele kapitalistische Faktoren auf, aber Ereignisse wie Belgrad oder die Taiwanfrage hätten gezeigt, dass China keine kapitalistische Gesellschaft sei, die anhand solcher Ereignisse eine innere Reflexion vornehme. Im Prinzip geht es auch ihm um die Kritik an extrem-nationalistischen Tendenzen. Er kritisiert explizit den diktatorischen Charakter des gegenwärtigen Regimes sowie das Ein-Parteien-System. Eine Demokratisierung ist für ihn nur

the Challenge of the 21st Century in China and Eastern Europe — A Comparative Approach", Hongkong, December 15-16, 2000.

⁵⁵ Gespräch mit Dai Qing im Juli 2000.

⁵⁶ Auch Xu gehört wie Wang Xiaodong, Yu Keping u.a. der sog. Kulturrevolutionsgeneration an. Xu (Jg. 1947) schloss sich in der Kulturrevolution der Rebellenfraktion der Rotgardisten an. Sein Vater trat schon in den 1920er-Jahren kurz nach ihrer Gründung in die KP ein.

⁵⁷ Qin ist auch Herausgeber der "Peasantology Book Series".

durch die Übernahme westlicher Konzepte zu erreichen, nicht aber durch einen Rückgriff auf einheimische, "chinesische" Traditionen.

Natürlich gibt und gab es früher auch solche, die laut nach den 'konfuzianischen Liberalen' gerufen haben. Es gibt auch Aufsätze, die sich ausschließlich mit der Frage nach demokratischen Ideen in unserer Tradition beschäftigen. Wir können uns nicht komplett auf westliche Ideen stützen, wird behauptet. Ich glaube das nicht (...). Sie glauben, dass einige der westlichen Konzepte wie Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft, allein wenn wir davon sprechen, dass diese Dinge aus dem Westen kommen, von den chinesischen Durchschnittsbürgern nicht akzeptiert würden, da diese Bürger eher traditionell dächten. Daher müssten wir in der chinesischen Kultur selbst nach eigenen [demokratischen] Elementen suchen.⁵⁸

Wir können nicht sagen, wir seien Anhänger einer bestimmten westlichen Philosophie. Wir synthetisieren – ich z.B. bin sehr auf einer Linie mit John Locke. Aber auch mit John Rawls und Robert Nozick; andere folgen Friedrich Hayek. Generell ist die Idee, dass wir von verschiedenen Ansätzen die beste Mischung für die spezielle Situation Chinas herausfinden müssen. Auch der Dritte Weg wird gegenwärtig viel diskutiert (...). Das geht nicht zuletzt auf den Einfluss der Werke von Giddens zurück, die hier zum großen Teil publiziert worden sind. Viele Intellektuelle präferieren diesen Weg, weil wir radikale Wege ablehnen. Eben das ist der chinesische Weg des Denkens, nicht so radikal wie Sozialismus oder Liberalismus. In China nennt man das 'Zhongyong zhidao' [Der mittlere oder goldene Pfad].⁵⁹

Xu führt aus, dass der "mittlere Weg" im Sinne des chinesischen Mittelweges als "indirekter Weg" zu begreifen sei. Soziale Bewegungen, die sich gegen die Regierung richteten, seien für China derzeit kein geeigneter Weg. Die Orientierung an Taiwan, Korea sowie an osteuropäischen Ländern steht in seinem Denken im Vordergrund. Doch dürfe der Liberalismus nicht zu einer Modernisierungstheorie degradiert werden. Eine solche Theorie käme zwar der hundertjährigen Suche Chinas nach einer optimalen Modernisierungsstrategie entgegen, habe allerdings mit dem Erreichen der "wahren Freiheit" nichts mehr zu tun. Liberalismus beinhalte die Momente soziale Gerechtigkeit, das Recht jedes Individuums auf Religions-, Rede- und Meinungsfreiheit, die Toleranz Andersdenkender usw. Kulturrelativismus gälte es zu bekämpfen, Gemeinsamkeiten müssten betont werden. Ziel, so Xu, sei der Aufbau einer konstitutionellen Demokratie.

Ganz ähnlich argumentieren Qin Hui und Dai Qing. Dai sieht in der Aufklärung der Bevölkerung über die von der Partei falsch dargelegten historischen und philosophischen Sachverhalte die Grundvoraussetzung für eine Demokratisierung bzw. für die Entwicklung hin zu einer Zivilgesellschaft. Qin setzt an den Erfahrungen der Geschichte der VR China an, um von dieser Warte aus das Thema politischen Wandels anzusprechen. Im Mittelpunkt seiner Kritik stehen soziale Ungerechtigkeiten im bestehenden System. Ausgangspunkt bildet die Verteilung bzw. Enteignung von Eigentum im Laufe der Geschichte der VR China. Das spezifische Gefüge zwischen

⁵⁸ Ein Konzept, welches in verschiedenen Kommentaren und Auslegungen der Originalschriften das konfuzianische Verständnis einer optimalen Führungspersönlichkeit beschreibt.

⁵⁹ Interview mit Xu Youyu im Juni 2000.

Staat und Bürgern, die Möglichkeiten von Partizipation und der Kontrolle durch Institutionen wie der eines "Runden Tisches" stehen im Zentrum der Auseinandersetzung mit Demokratisierung. Diese Position bewegt sich heraus aus dem rein akademischen, intellektuellen Milieu und rückt in die Nähe von Bürgerbewegungen, wobei allerdings "indigene" Momente durchaus bejaht werden.

Der Weg der chinesischen Demokratisierung ist der einzige Weg, den es gibt. Und dieser wird anders sein als der von anderen Ländern. Die Demokratisierung in anderen Ländern nimmt mindestens zwei Formen an: 1) Länder der traditionellen Privatisierung, diese waren von Anbeginn an autoritäre Systeme. Später haben sie sich demokratisiert wie z.B. Taiwan, Japan, Südafrika oder Indien. Die Demokratisierung vollzog sich im Prozess diskursiver Konsultationen und politischer Aussöhnung, nicht durch einen Aufstand. (...) 2) Länder, in denen die Wirtschaft ursprünglich volkseigen war und die Verwaltung des Vermögens eine Verwaltung des vergesellschafteten Eigentums war. So konnten die osteuropäischen Länder erst mit der Demokratisierung auch das Privateigentum einführen und erst unter den Bedingungen einer Demokratisierung Privateigentum hervorbringen. Die Demokratisierung verlangt zugleich ein freies Pressewesen und eine weitgehende Partizipation der Öffentlichkeit, damit die Bürokraten kontrolliert werden können. So war es z.B. in der Tschechei. Man könnte sagen, dass die dortige Privatisierung mit der Demokratisierung vergleichbar ist. Der Demokratisierungsprozess war sehr einfach, man hat die Frage einfach am Runden Tisch gelöst. Unser Demokratisierungsprozess wird sich jedoch von den oben genannten unterscheiden. In China wird das Gemeineigentum bereits vor einer Demokratisierung fast völlig verschwunden sein. Allerdings erfolgt dies unter nicht-demokratischen Verhältnissen. D.h. die Öffentlichkeit partizipiert daran nur wenig (...). Zugleich gibt es keine Pressefreiheit, und die Korruption macht alles noch schlimmer.⁶⁰

Solche Aussagen sind politisch brisant und führen zu einem enormen politischen Druck auf Qin. Dessen ungeachtet schlägt er ein Modell sozialer Gerechtigkeit vor, in dem das Postulat der Partei, Stabilität und Sicherheit, durch den Hinweis auf die dafür notwendige Freiheit und Organisation von Interessenvertretungen dekonstruiert wird. Ähnlich wie Dai und Xu verortet Qin die Kraft der Reform im Volk.

Ich glaube, man muss als Erstes unbedingt zwischen der Öffentlichkeit und dem Volk ein Gerechtigkeitsdenken etablieren. Erst dann kann man die Probleme, die im Demokratisierungsprozess auftreten, reduzieren. Ich unterscheide zwei Arten von Gerechtigkeit: die Volks- und die soziale Gerechtigkeit. Die jeweilige Gerechtigkeit wird dann bestimmen, wieviel Freiheit es geben wird und wieviel Risiko verantwortet werden kann (...) Im Grunde wollen alle Menschen *frei und sicher* leben.⁶¹

Qin weist darüber hinaus auf die Notwendigkeit der Gründung von unabhängigen Gewerkschaften als eine der Grundvoraussetzungen politischer Reformen hin. Er schlägt ein Modell der sozialen Gerechtigkeit vor, in dem das Postulat der Partei, Stabilität und Sicherheit, durch den Hinweis auf die dafür notwendige Freiheit und Organisation von Interessenvertretungen konterkariert wird. Die gegenwärtige Re-

⁶⁰ Interview mit Qin Hui im Juni 2000.

⁶¹ Interview mit Qin Hui im Juni 2000.

form hält Qin für eine, die den Vorteil der Unterentwicklung ausnutze und zu einer ungerechten Akkumulation des Kapitals geführt habe. Nun sei aber der Zeitpunkt gekommen, eine gerechte (freie) Marktwirtschaft zu etablieren, in der gleiche Chancen und gleichberechtigter Wettbewerb herrschten und der Staat nur eine marginale Rolle spielen sollte. Wang Hui, der Herausgeber der Zeitschrift *Dushu* (Lesen), argumentiert ähnlich wie Qin Hui und verweist darauf, dass für China nur ein sozialdemokratisches Modell notwendig sei — "die historische Entwicklung wird uns hierhin führen",⁶² glaubt er.

3.4 Demontierende Diskurse: Systemwandel und Dritter Weg

Vertreter dieser Diskursrichtung sind die so genannten "Dissidenten", die in China verfolgt werden, sowie die Gruppe der "Kaltgestellten", die zwar nicht verhaftet, deren Bewegungsfreiheit allerdings eingeschränkt wird. Im Prinzip streben die Vertreter dieser Richtung politischen Wandel außerhalb des bestehenden Systems an. Ein Protagonist dieses Diskurses ist Liu Junning, der den "Kaltgestellten" zuzuordnen ist. Der Jurist und ehemalige Mitarbeiter der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, dem im Jahre 2000 von den chinesischen Behörden die Ausreise nahegelegt wurde und der mittlerweile in den USA lebt, gehört zur Generation derjenigen, die ihre Kindheit und Schulzeit in der Kulturrevolution und danach verbrachten.

Liu will weniger die Bevölkerung aufklären, er glaubt vielmehr an die demokratischen Fähigkeiten der Bevölkerung und bescheinigt ihr, ohne weiter zu differenzieren, ein demokratisches Grundverständnis. Von daher hält er eine "Erziehungsdiktatur", wie sie Sun Yatsen in den 1920er-Jahren auf dem Weg zur Demokratie für nötig hielt, für indiskutabel. Priorität räumt er dem Aufbau einer repräsentativen Demokratie und der Zulassung individueller Freiheiten (und Pflichten)⁶³ ein. Ausschlaggebend für diesen Prozess sei die Zulassung von Privateigentum. Ein systemimmanenter Wandel sei sinnlos. Den Dritten Weg, der für ihn ein Mehrparteiensystem, ein parlamentarisches System und Privatwirtschaft beinhaltet, hält er gegenwärtig zwar für illusorisch, nichtsdestotrotz aber für notwendig und erstrebenswert. Der Dritte Weg sei vor allem durch zurückkehrende Intellektuelle aus dem Ausland bekannt geworden. Die Regierung würde aber all diejenigen, die den Dritten Weg begrüßen, als Feinde im Inneren und diejenigen, die ihn praktizieren, als Feinde im Äußeren betrachten. Eine Änderung des Namens der Partei in "Chinesische Sozialistische Partei", wie sie von dem Unternehmer Cao Siyuan vorgeschlagen wurde, sei sicher möglich, doch am System selbst würde dies nichts ändern.

Meiner Meinung nach besitzen der Dritte und der Erste Weg viele Gemeinsamkeiten, etwa das Prinzip der Mehrparteiendemokratie. Manchmal ist es auch nicht die Frage der Wahl zwischen Sozialismus oder Kapitalismus oder nach einem Mehrparteiensystem. Wenn du sagst, du gehst den Dritten Weg

⁶² Interview mit Wang Hui im Dezember 2000.

⁶³ So gehört Liu zu den Unterzeichnern einer "Allgemeinen Erklärung der Menschenpflichten", 1998. Siehe Helmut Schmidt (Hrsg.), *Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten. Ein Vorschlag*, München, S. 101-106. Erste Internationale Konferenz über Weltethos und traditionelle chinesische Ethik, Beijing, 10.-12. August 1997.

nur, indem du den Namen der Partei änderst [...] Ganz gleich, ob Dritter oder Erster Weg, Voraussetzung ist immer, dass ein Mehrparteiensystem existiert. Dies impliziert auch ein parlamentarisches System und die Akzeptanz der Privatwirtschaft als Kernpunkte. In diesem Sinne unterscheiden sich der Erste und der Dritte Weg gar nicht so sehr voneinander.⁶⁴

Privatwirtschaft ist für Liu ein zentrales Moment, quasi eine Grundvoraussetzung des Dritten Weges, der zugleich aber Demokratie voraussetzt. Mehrparteiensystem und Privatwirtschaft, das sind für ihn offensichtlich die Kernelemente dieses Weges, und deshalb sieht er auch keine großen Unterschiede zwischen Erstem und Drittem Weg.

Ansätze für Demokratisierung sieht Liu durchaus auch heute schon, auch wenn sich eher von Pluralisierung unter Bedingungen eines fragmentierten Autoritarismus sprechen ließe:

Es gibt heute Zeitungen [im Gegensatz zu den 80er-Jahren], die auch Kommentare außerhalb von Regierungserklärungen veröffentlichen und damit das Interesse der Leser erreichen. Das heißt nicht, dass die Leserschaft die Regierung ablehnt, nein, aber sie wollen wissen, was es außerhalb der Regierungserklärungen noch für Erklärungen gibt. (...) Unter den Bedingungen eines nicht-demokratischen Staates haben [diese Zeitungen] eine wichtige Funktion (...).

Es ist nicht richtig zu behaupten, wir könnten keine Demokratisierung durchführen, weil die Menschen der ländlichen Gebiete noch zu rückständig seien. Dann dürfte es keine Dorfwahlen geben. (...) Wenn man sagt, der Bildungsgrad bestimmt die Demokratisierung, dann müsste man als erstes eine Demokratisierung im ZK durchführen. (...) Unter den Bauern kann man einen Wettbewerb stattfinden lassen, warum nicht auch im ZK? Es ist nicht verwunderlich, dass das Niveau [der Demokratisierung] unter Zentralkomiteemitgliedern niedriger ist als das der Bauern. (...) Der Bauer weiß ganz genau, was für seine Fische, sein Vieh und seine Feldfrüchte von Vorteil ist. Wir brauchen vielleicht nicht ein Wahlvolk, welches die schwierigsten politischen Fragen Chinas lösen kann, das sollen ein paar Spezialisten tun. (...) Die Mindestvoraussetzungen für Demokratie sind durchaus vorhanden — dafür braucht man keinen hohen Bildungsstand. Voraussetzung für ein Bewusstsein über politische Rechte ist das Recht auf Privateigentum.⁶⁵

Voraussetzung für ein demokratisches Bewusstsein ist nach Liu also die Einführung des Privateigentums. Die Basis für dieses Bewusstsein sei im Volk schon vorhanden, in den Köpfen der Politiker jedoch noch nicht. Liu trennt scharf zwischen "den Herrschenden" und "dem Volk". Er verneint zugleich die Frage nach der Existenz spezifisch chinesischer, indigener Momente von Demokratisierung:

Der "Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten" und die "Demokratisierung mit chinesischen Besonderheiten" sind zwei ganz unterschiedliche Dinge. Weil die meisten von Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten reden, kann man dies als einen Ausdruck für östlichen Sozialismus mit kapitalistischen Besonderheiten begreifen. Eine Demokratie in chinesischer Form kann man derzeit noch nicht erkennen. Wir wissen nicht, was das eigentlich

⁶⁴ Interview mit Liu Junning kurz vor seiner Ausreise in die USA im Juni 2000.

⁶⁵ Interview mit Liu Junning im Juni 2000.

sein soll. Vielleicht gibt es in China bald so jemanden wie Li Denghui. Das wird dann ein System, welches zum Teil patriarchalisch (*fuquanzhi*), zum Teil paternalistisch (*jiazhangzhi*) sein wird.⁶⁶

Wie wir gezeigt haben, werden die konstruktiven und transformatorischen ebenso wie die demontierenden Diskurse hauptsächlich von gesellschaftskritischen Intellektuellen (die nicht zugleich auch systemkritisch sein müssen, mit Ausnahme der demontierenden) vorgetragen. Bezogen auf China sehen sich diese Intellektuellen in der Verantwortung gegenüber der Gesamtgesellschaft, tragen zugleich aber Positionen oder Interpretationen vor, die zumindest partiell gleichsam schon die *Toleranzwerte* der politisch Herrschenden überschreiten, wenn auch noch nicht die *Toleranzgrenzen*. Der Unterschied besteht darin, dass bei Überschreitung der Toleranzwerte die politische Führung die Option eines Eingriffs (in Form von Zensur oder Kritik) offen und bestimmte Interpretationen als Grenzäußerungen im Raum stehen lässt, während bei Überschreiten der Toleranzgrenze Sanktionen verhängt werden (von administrativen bis hin zu strafrechtlichen Konsequenzen).

Kritische Intellektuelle arbeiten in autoritären Staaten wie China letztlich in einem vom Staat bzw. von der Partei kontrollierten *Diskursumfeld*. Dies schränkt die Argumentationsfelder zwar ein, gleichwohl stehen mehrere Ausweichstrategien zur Verfügung wie symbolische oder metaphorische Diskursformen. Im Falle Chinas heißt das: Kritische Sachverhalte werden in schriftlichen Abhandlungen entweder nicht auf China selbst bezogen, sondern allgemein gehalten oder am Beispiel anderer Länder diskutiert (*symbolischer Diskurs*). Oder die eigentliche Kritik wird in scheinbar systemkonformen Diskursinhalten verpackt; es wird dann mit Aussagen der herrschenden Partei oder ihrer Führer argumentiert, um darüber hinausgehende politische Vorschläge zu unterbreiten und zu rechtfertigen. Überdies finden die Diskurse eben nicht nur in der Öffentlichkeit statt, sondern auch in Verhandlungs- und Diskussionsrunden hinter verschlossenen Türen.⁶⁷

4 Perspektiven

Unsere Analyse verschiedener Diskursstrategien lässt sich wie folgt zusammenfassen: Während es eine große inhaltliche Diversifität unter den verschiedenen Diskursteilnehmern gibt, weisen die Argumentationsmuster strukturelle Gemeinsamkeiten auf. So haben wir für den von uns behandelten Untersuchungszeitraum feststellen können, dass die überwiegende Mehrheit der Diskursteilnehmer einen offenen konfrontativen Diskurs vermeidet, statt dessen sich offizieller Argumentationen bedient, um abweichende, alternative Konzepte artikulieren zu können. Das liegt natürlich auch daran, dass konfrontative Argumentationen zur Marginalisierung und Ausschaltung der Akteure führt. Diskursteilnehmer, die sich hauptsächlich auf die Kritik der bestehenden Verhältnisse beschränken und offen zu einem grundlegenden Systemwechsel aufrufen, haben in China wenig Chancen. Das hat nicht nur das Beispiel Liu Junnings gezeigt, sondern auch das der namhaften Ökonomin He

⁶⁶ Interview mit Liu Junning im Juni 2000.

⁶⁷ Dazu: Corcoran, Paul E., "Language and Politics", in: Swanson, D.L./Nimmo, D., eds., *New Directions in Political Communication. A Resource Book*, Newbury Park, London, New Delhi 1990, S. 51/52.

Qinglian, die durch ihr Buch *Pitfalls of modernization (Xiandaihua de xianjing)* (1998) bekannt geworden ist und ebenfalls ins Ausland emigrieren musste.

Neben der inhaltlichen Einteilung halten wir es aber im Hinblick auf die Wirkungsweise von Ideen und das Verhältnis zwischen Politikgestaltung und Diskursen für wichtig, die einzelnen Diskurse hinsichtlich ihrer Wirkungsreichweite zu untersuchen. Abgesehen davon, dass persönliche Beziehungen und Netzwerke und v.a. die Mitarbeit in Forschungs- und Bildungsinstitutionen (Parteihochschule) den Einfluss von Ideen und Wissen auf Politikprozesse maßgeblich bestimmen, können wir mehr oder weniger einflussreiche Diskursstrategien unterscheiden. Um die oben dargelegte vielfältige Diskurslandschaft hinsichtlich ihrer Relevanz beurteilen zu können, bedarf es jedoch einer unterschiedlichen Gewichtung der einzelnen Diskursstränge und -strategien.

Die beiden inhaltlichen Elemente, die bewahrende, transformatorische und konstruktive Diskurse verbinden, sind der Nationalismus und die Auseinandersetzung mit westlichen Theorien.⁶⁸ So ist es auch Anliegen der sog. Liberalen um Li Shenzhi oder Xu Youyu, aus patriotischen Gründen vor der Gefahr eines übersteigerten chauvinistischen Nationalismus zu warnen. Dasselbe Movens steht bei der Argumentation für eine stufenweise, langsame und sanfte Reform (*incremental reform*) im Vordergrund. Es scheint also notwendig zu sein, das "nationalistische Element" in die Diskussion einzubeziehen, ob unterstützend oder davor warnend.

Die Auseinandersetzung mit westlichen Theorien und Konzepten dagegen hat weniger einigenden Einfluss, dafür gibt es zu wenig gut trainierte Spezialisten in diesem Feld. Solche Theorien sind in ihrem Wirkungsgrad von der Vermittlung durch Spezialisten abhängig. Es besteht zudem weiterhin große Unsicherheit und Unklarheit, was das Verständnis westlicher Demokratietheorien angeht.

So kam es zu einem bezeichnenden Missverständnis während des Habermas-Besuchs in China im Mai 2001. Es zeigte sich, dass es einen *common sense* weder in der intellektuellen Elite des Mainstream-Diskurses noch in der politischen Elite über die Einschätzung und Kenntnis westlicher "linker" Ideen gibt. Dem rauschenden Empfang, der Habermas in Beijing im Mai bereitet wurde, folgte enttäuschte Erwartung, von dem einzig lebenden "Weltphilosophen" keine Lobhuldigung der Überlegenheit des Sozialismus zu hören, sondern eine auf universalistische Konzepte rekurrierende Gesellschaftstheorie. Dennoch, so heißt es, soll Habermas vom Vizepräsidenten der Parteihochschule, Chen Bijian, das Angebot eines Lehrauftrags an der Parteischool gemacht worden sein.

Der Mainstream-Diskurs verlässt i.d.R. die intellektuelle und politische Elite nicht, bildet keinen Brückenschlag zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Durch die Funktion dieser Intellektuellen als *garde* der bestehenden Verhältnisse und als loyale Staats- und Parteidienstler produzieren sie Theorien, die wenig Transformationsgehalt besitzen und deren Haltbarkeitsdatum von dem Wohlwollen der politischen Elite abhängt. Die "assimilierten Intellektuellen" des bewahrenden Diskurses verfügen

⁶⁸ Zum nationalistischen Diskurs vgl. G. Schubert, *Nationalismus in China – Der liberale Gegentext zum anti-westlichen Etatismus*, Project Discussion Paper No. 18/2001 (orangene Reihe), Institut für Ostasienwissenschaften, Duisburg 2001.

vielleicht über einflussreiche Netzwerke, doch dies scheint nicht unbedingt ein Garant für zukünftigen Einfluss zu sein. Die Rede Jiang Zemins zum 80. Gründungstag der Partei am 1. Juli 2001 machte einmal mehr deutlich, dass es um die Rettung der Partei geht, auch wenn grundlegende Statuten dafür umdefiniert werden müssen. So ist es nun den privaten Unternehmern (und damit auch Millionären) offiziell gestattet, in die Partei einzutreten, auch wenn dies den Status quo lediglich legitimiert. Es wurden zugleich neue Theorien Jiang Zemins in Umlauf gebracht, die eine Mischung von maoistischen, marxistischen und konfuzianischen Grundsätzen darstellen. Die neue Leitlinie *Yi de zhi guo* (Mit Tugend regieren)⁶⁹ rekurriert auf die erleuchtete Elite des konfuzianischen Ideals. Dennoch, so haben wir oben dargelegt, steht neben der Rechtfertigung parteipolitischer Rhetorik auch im bewahrenden Diskurs das Ziel an oberster Stelle, das System von innen heraus zu reformieren.

Von daher erscheinen die informellen Strategien der Intellektuellen des konstruktiven und auch des transformatorischen Diskurses zurzeit am erfolgversprechendsten für eine leise Reform, die Chaos und Revolte vermeiden will. Wie wir gezeigt haben, agieren diese Intellektuellen auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen gleichzeitig. So versucht etwa Dai Qing durch Reportagen und Essays das kritische Bewusstsein der Bevölkerung zu wecken, während Xu Youyu auf verzerrte Darstellungen westlicher Theorien, die diese verunglimpfen sollen, reagiert.

Wir haben auch verdeutlicht, dass es vor allem unter den Intellektuellen des transformatorischen Diskurses den Konsens gibt, Abstand von offenem Dissens zu nehmen und leise Reformen anzustreben. Die Mittel, die hierfür genutzt werden, sind so vielfältig wie die Diskursinhalte. Wir haben ferner darauf hingewiesen, dass es Überschneidungen zwischen unterschiedlichen Diskursstrategien gibt, etwa im Hinblick auf den gemeinsamen Kampf gegen Nationalismus (konstruktiver "liberaler" und transformatorischer Diskurs) oder in Bezug auf die Verwissenschaftlichung der politischen Elite (konstruktiver "nationalistischer" und transformatorischer Diskurs). Gemeinsam ist diesen beiden Diskursgruppen auch die Kritik an den bestehenden Verhältnissen, die jedoch nicht konfrontativ geäußert wird. Die gemeinsame Strategie scheint also eine verdeckte, die offiziellen Argumentationen nutzende zu sein. Durch die mittlerweile sich häufenden Fälle von Verurteilungen erklärter "Liberaler" wird auch dieses Label in Mitleidenschaft gezogen und führt dazu, dass sich viele Intellektuelle von "dieser Art des Liberalismus" im Sinne He Qinglians (die mittlerweile auch unter diesem Label gefasst wird, trotz ihrer deutlichen Kritik an dem ökonomischen Neo-Liberalismus) und Liu Junning abwenden.

Die Lehre nach 1989 ist zumindest für die ältere Generation der Intellektuellen, eine Diskursstrategie einzuschlagen, die nicht sofort zur Ausschaltung der Akteure führt und Labels vermeidet. Insofern verbinden sich Vertreter des bewahrenden, konstruktiven und transformatorischen Diskurses zu einer Gruppe von Intellektuellen, die die Reform innerhalb des Systems anstreben.

⁶⁹ Vgl. dazu etwa verschiedene Beiträge in *Qiushi (Wahrheit)* 12/2001.

Abschließend stellt sich die Frage, inwiefern intellektuelle Ideen und Diskurse tatsächlich in die Gestaltung von Politik einzuwirken vermögen. Die Untersuchung der Beeinflussung von Politik durch Ideen und Diskurse ist, theoretisch gesehen, bislang unbefriedigend geblieben. Eine direkte Verbindung von Ideen und Politikgestaltung ist nur schwierig nachzuweisen. Dies liegt daran, dass die Wirkungsweise von Ideen sich kaum direkt, sondern eher im Verborgenen vollzieht. Ideen stellen nichts Greifbares dar, entziehen sich weitgehend der empirischen Erfassung. Überdies sind sie keine unabhängige Variable der Politikbeeinflussung, sondern ein Teilelement, das unter bestimmten Rahmenbedingungen in Raum und Zeit wirkt. Sozio-ökonomische Veränderungen und die Herausbildung eines neuen politischen Raums lassen neue Ideen und Diskurse entstehen. Solche Ideen wirken dann als "Straßenkarten" (*road maps*), die politischen Akteuren als Haltepunkte in Umbruchzeiten dienen.⁷⁰

Tatsächlich vollzieht sich der Einfluss von Diskursen und Wissen auf Politikprozesse eher über persönliche Beziehungen und Netzwerke oder über die Ausbildung an Bildungs- und Fortbildungsinstitutionen (Hochschulen, Parteischulen etc.). Auf diese Weise wird staatliches Handeln von Menschen, Interessen, Werten und Ideen außerhalb des Staates beeinflusst. Dies erfolgt nicht durch gleichberechtigten Austausch, sondern durch Aus- und Verhandlungsprozesse zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Ressourcen.⁷¹ Die Einflussmöglichkeiten hängen von Öffnung oder Geschlossenheit der staatlichen Institutionen gegenüber von außen kommendem Wissen ab. Rationale Staatsgebilde haben dabei einen größeren Bedarf an Informationen und Wissen als weniger rationale, weil die Informationen und das Wissen dazu beitragen, Probleme zu erkennen und zu lösen.

Um nur einige wenige Beispiele zu nennen: So dient z.B. das neue Forschungszentrum *School of Public Policy and Management (Gonggong guanli xueyuan)* an der Qinghua-Universität unter Mitwirkung von Hu Angang, der direkte Verbindungen zu höchsten Parteizirkeln unterhält, der Erarbeitung von ökonomischen und politischen Transformationskonzepten. Einbezogen werden hierbei auch chinesische Forscher in Hongkong und den USA. Daneben bestehen zahlreiche Kontakte zwischen Mitgliedern von staatlichen *think tanks* und Forschungsinstituten zu intellektuellen außerhalb dieser Institutionen. Das Zentrum für Entwicklungsforschung des Staatsrates (*Guowuyuan fazhan yanjiu zhongxin*) unterhält z.B. Kontakte zu dem genannten Forschungszentrum der Qinghua-Universität. Cao Siyuans Beratungsgesellschaft (*Beijing Siyuan Research Center for Social Sciences/Beijing Siyuan Merger and Bankruptcy Consultancy*) ist gleichzeitig Unternehmensberatung und Forschungsinstitut. Die von ihm und seinem Mitarbeiterstab erarbeiteten Vorschläge zur Parteireform werden in Zeitschriften publiziert, die nur für die parteiinterne Zirkulation vorgesehen sind (wie z.B. sein aktueller Artikel zur Parteireform in *Xinxi Cangai* 5/2001).

⁷⁰ Vgl. dazu Keohane, Robert/Goldstein, Judith, "Introduction", in: dieselben, eds., *Ideas and Foreign Policy*, Ithaca 1993.

⁷¹ Vgl. dazu Katznelson, Ira, "Knowledge about What? Policy Intellectuals and the New Liberalism", in: D. Rueschemeyer/T. Skocpol, a.a.O., S. 21 ff.

Mitarbeiterinnen des "Beijinger Zentrums für Frauenrechtsstudien und Rechtsberatung" und des *Shanxi Women Law Research Center* haben am neuen Gesetz gegen häusliche Gewalt mitgewirkt und sind dabei, neue Regularien für Transformationsprobleme wie Probleme von Migrantinnen und neue administrative Regelungen für Arbeitsrechte für Frauen sowie Gerichtsdispute zu erarbeiten. Und der unabhängige Politikanalytiker Li Fan betreibt in Zusammenarbeit mit Ministerien direkte Lobbyarbeit zur Ausweitung der Gemeindewahlen, wobei er diese Wahlen als Kern der politischen Reform betrachtet. Vernetzungen wie die hier beschriebenen führen zweifellos zu Ideentransfers und zur Entwicklung neuer Konzepte politischer und ökonomischer Reform.

Diese kurzen und sicher vereinfachenden Ausführungen verdeutlichen, dass Ideen und Diskurse Wirkungsmacht und Politikeffekte entwickeln und Institutionen beeinflussen können. Der reale *Spillover*-Effekt wird hier nur hinsichtlich seiner Möglichkeiten angesprochen, ohne dass wir den Beweis dafür erbringen wollten. Dies würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen und kann auch nur am konkreten Fallbeispiel untersucht werden.